

ES DROHT DIE VERNICHTUNG VIELER VEREINE

Die Registrierkassenpflicht erhitzt die Gemüter und sorgt bei vielen Vereinen für Existenzängste. Zahlreiche Feste wurden bereits abgesagt. Nun zittern auch Brauchtumsvereine, Feuerwehren und andere gemeinnützige Einrichtungen.



TEXT / Daniel Kosak

Entbehrliche Vereine sind nicht begünstigungsschädlich“. So heißt es in einer Broschüre, die den Vereinen die komplexen Regeln der neuen Registrierkassenpflicht eigentlich „eindeutschen“ sollte. Ein fast kabaretthaftes Gustostück aus einer völlig verkorksten Regelungswut. Gemeindebund-Chef Helmut Mödlhammer versteht die Welt nicht mehr. „Was hier passiert, gleicht einer bewussten Vernichtung der Freiwilligenarbeit in Österreich“, sagt Mödlhammer. „Ich habe jeden Tag ein paar Anrufe, in denen mir gesagt wird, dass Vereinsveranstaltungen abgesagt werden, in einigen Fällen sollen Vereine sogar aufgelöst werden, weil sie unter diesen Rahmenbedingungen keine Zukunft mehr sehen.“ Auch die Mailbox des Gemeindebundes füllt sich jeden Tag mit Beschwerden, Hilferufen und Resolutionen aus den Kommunen.

Grund dafür ist die Registrierkassenpflicht, die der Bund dem Land und damit auch den Vereinen und gemeinnützigen Einrichtungen verordnet hat. Ab einem Jahresumsatz von 15.000 Euro bzw. 30.000 Euro (bei gemeinnützigen Vereinen) besteht nun die Registrierkassen- und Belegerteilungspflicht. „Jeder, der schon einmal bei einem Sportfest oder einem Feuerwehrheurigen war, der weiß, dass die Anwendung dieser Regeln solche Einrichtungen vor riesige Probleme stellt“, weiß auch Alfred Riedl, Gemeindebund-Vizepräsident und Bürgermeister von Grafenwörth. „Da geht es nicht nur um die Grundinvestition, sondern auch um die Handhabung. Auf solchen Festen ist ja kein geschultes Personal im Einsatz. Das sind Freiwillige, die unbezahlt ihre Zeit opfern, um für die Allgemeinheit und die Einrichtung, der sie angehören, etwas auf die Beine zu stellen. Es ist unfassbar, dass man das durch völlig ausufernde bürokratische Regeln zerstören will“, so Riedl. Rupert Dworak, Bürgermeister von Ternitz und auch Vize im Gemeindebund, sagt: „Die Einnahmen von Feuerwehrfesten sind aus meiner Sicht überhaupt steuerfrei zu stellen. Schließlich müssen die Wehren beim Ankauf von Ausrüstung auch noch 20 Prozent Mehrwertsteuer zahlen.“

In der Tat könnten auf die Gemeinden im schlimmsten Fall zusätzliche Kosten zukommen. „Derzeit finanzieren sich die Feuerwehren zu einem guten Teil selbst“, weiß Mödlhammer.



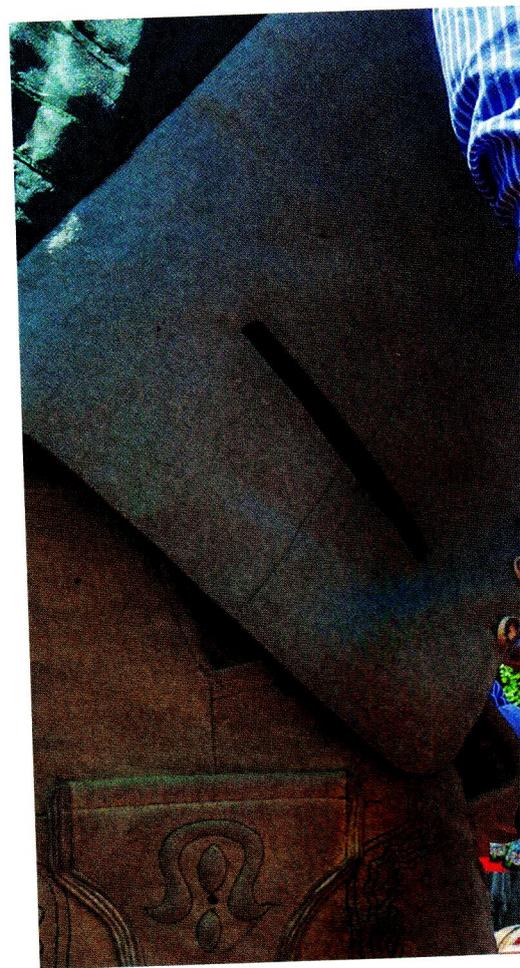
» Für das Skifliegen am Kulm müssen wir insgesamt 35 neue Registrierkassen anschaffen.“

Hubert Neuper,
Organisator



DANIEL KOSAK IST LEITER DER ABTEILUNG KOMMUNIKATION UND PRESSESPR
DES ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES

✉ daniel.kosak@gemeindebund.gv.at



„Wenn man die Bürokratie so hoch ansetzt, die Helfer keine Feste mehr veranstalten und daher auch weniger Einnahmen haben, dann wird am Ende der Kostenanteil der Gemein- der Finanzierung der Feuerwehren steigen. es eine Feuerwehr geben muss, ist schließlich gesetzlich vorgeschrieben und eine Verpflichtung der Gemeinde“, so Mödlhammer.

Konkrete Beispiele, wie sich die neuen Verpflichtungen auswirken, gibt es viele. „Uns sind insgesamt 40 Almhütten bewirtschaftet. Manche davon haben nicht einmal Stro berichtet der Bürgermeister der Salzburger Gemeinde Hüttschlag. „Für die ist die Belegerteilungspflicht ein Wahnsinn. Auch unsere Feuerwehr kämpft damit. Die hat aber für neues Fahrzeug aus eigener Tasche 80.000 aufgebracht, erwirtschaftet durch Feuerwehrfeste. Das ist Geld, das wir als Gemeinde zahlen müssten, wenn es solche Feste nicht mehr gäbe. Das kann doch nicht der Sinn der Sache sein.“



Aus der oberösterreichischen Gemeinde Schwertberg kommen zwei andere Beispiele. Die Aiserbühne Schwertberg veranstaltet jedes Jahr im Sommer Theateraufführungen. In den 20-minütigen Pausen werden den 500 Besuchern Getränke und/oder Imbisse serviert. „Da helfen dutzende Personen zusammen, dass der Ansturm in so kurzer Zeit bewältigt werden kann – mit der Registrierkassa geht das künftig wohl nicht mehr. Erstens bräuchte der Verein gleich zehn mobile Geräte und zweitens dauert alles viel länger“, erzählt Bürgermeister Max Oberleitner. Beim großen Aiserfest, wo sich 2500 Besucher über das gesamte Festareal verteilen, sei es ähnlich problematisch. Da gibt es rund 15 kleine Bars und Ausschankstellen, die allesamt von den Vereinsmitgliedern betrieben werden. Der Verein Aiserbühne müsste mehrere Registrierkassen anschaffen.

„Am skurrilsten ist ja, dass sich zum Teil nicht einmal die Experten des Finanzministeriums mit der neuen Regelung auskennen“, empört sich Mödlhammer. „Wenn man dorthin konkrete Anfragen richtet, bekommt man entweder Textbausteine, Hinweise auf irgendwelche Folder oder unverständliches Beamtendeutsch zurück. Ständig sprechen alle von Bürokratieabbau und

Verwaltungsreform. Davon sind wir meilenweit entfernt. Es ist sogar so, dass die Schikanen zunehmen, anstatt weniger zu werden.“ Die Registrierkassenpflicht sei nicht nur inhaltlich völlig falsch, sondern auch im Detail für die betroffenen Vereine einfach unverständlich. „Wer einmal den Folder gelesen hat, mit dem das Ministerium das den Vereinen eigentlich einfach erklären will, der stellt fest, dass am Ende alles noch verwirrender ist als vor der Lektüre“, so Gemeindebund-Generalsekretär Dr. Walter Leiss.

Besonders grantig über diese Schikanen ist der Gemeindebund-Chef angesichts der Leistungen, die Vereine und Organisationen in den letzten Monaten erbracht haben. Man könne nicht in Katastrophen- und Krisenfällen ständig auf das ehrenamtliche Engagement vieler Freiwilliger bauen und ihnen dann bei der Finanzierung ihrer Tätigkeit solche Prügel vor die Füße schmeißen, sagt Mödlhammer im Hinblick auf die Einsatzorganisationen. „Gerade die letzten Monate haben ja gezeigt, wie wichtig diese ehrenamtliche Arbeit in vielen Bereichen ist. Die Flüchtlingskrise wäre ohne die Mithilfe von Vereinen, Feuerwehren, NGOs und Rettungsorganisationen schlichtweg nicht bewältigbar gewesen.



„Bei uns wurde heuer schon ein Fest abgesagt bzw. auf das kommende Jahr verschoben, ein weiteres erst gar nicht mehr organisiert. **Wir hoffen auf Besserung im nächsten Jahr.**“

Herbert Wandl,
Bürgermeister von
Gersdorf in Niederösterreich

PRO

STEFAN KRICKLER ÜBER DAS ÜBERLEBEN
DER EHRENAMTLICHKEIT

Vereinsfeste als Fundament der Dorfgemeinschaft

Die Vereinsfeste beleben das Dorfleben und stärken das Miteinander. Vereine sind das Herzstück einer jeden Gemeinde, sie sind identitätsstiftend und pflegen zudem Brauchtum sowie Kultur. Menschen finden insbesondere dort eine Gemeinschaft vor, welche ihnen auch einen wichtigen sozialen Halt gibt. Der Erlös aus den Festen kommt der Allgemeinheit zugute. Darüber hinaus profitiert auch die regionale Wirtschaft stark davon, da derartige Feste auch zahlreiche Besucher von außen anziehen. Die ehrenamtlichen Funktionäre sind zurzeit erheblichen Belastungen und einer enormen Rechtsunsicherheit ausgesetzt, wodurch der Fortbestand des aktiven Vereinslebens akut gefährdet ist.

Pauschale Kriminalisierungsversuche beschädigen das Ehrenamt und die ländliche Region nachhaltig. Neben Feuerwehren oder Sportvereinen sind vor allem Jugendvereine von Anzeigen betroffen, wodurch besonders junge Menschen immer weniger bereit sind, unentgeltlich Verantwortung zu übernehmen und die Landflucht gefördert wird. Bei den Anzeigern handelt es sich

um einige Discobetreiber, die damit unliebsame Konkurrenz ausschalten wollen. Viele Gastronomen haben die Zeichen der Zeit erkannt und sehen in den Vereinen Partner und keine Konkurrenten – zumal Leute, wenn es keine Feste mehr gäbe, deswegen nicht schon automatisch in Wirtshäuser gehen würden.

Wir brauchen Entfaltungsräume für engagierte Bürger, um die Zivilgesellschaft zu stärken. Menschen, die sich unentgeltlich für Allgemeinheit aufopfern müssen gefördert werden, weshalb eine Neudefinition der Gemeinnützigkeit dringend erforderlich ist. Darüber hinaus brauchen wir eine praxisnahe und übersichtliche Vereinfachung der gesetzlichen Lage. Wir müssen uns dringend von dieser geldorientierten Neidgesellschaft verabschieden und uns auf ein gemeinsames Miteinander besinnen, bei welchem solidarische Werte und Zusammenhalt im Vordergrund stehen.

✉ s.krikler@gmx.net
Stefan Krikler ist Obmann des Vereins „Rettet die Dorffeste“



Wenn das nun der Dank an diese Helfer/innen ist, dann braucht man sich nicht wundern, wenn die Leute sich von der Politik abwenden.“

In den Bundesländern mobilisieren die Landesverbände des Gemeindebundes zum Teil schon gegen die neuen Regelungen. So hat der Vorarlberger Gemeindeverband seine Mitglieder aufgefordert, Resolutionen im Gemeinderat bzw. Gemeindevorstand gegen die Registrierkassenpflicht für Vereine zu beschließen. Diese sollen dann dem Finanzminister übergeben werden. Die Problematik scheint inzwischen bei Hans Jörg Schelling auch angekommen zu sein. Er zeigte sich vor einigen Wochen offen für eine Diskussion über etwaige Änderungen bei der Registrierkassenpflicht, passiert ist bislang freilich nichts. Auch die Bundesländer haben Schelling einen umfangreichen Forderungskatalog auf den Tisch gelegt. „Man merkt einfach, dass hier ein Gesetz von praxisfernen Bürokraten im gläsernen Turm erarbeitet wurde“, so Mödlhammer, der nun folgende Anpassungen fordert: „Zum einen gehört die Umsatzgrenze, unter der es keine Registrierkassen- und Belegerteilungspflicht gibt, von derzeit 15.000 auf einheitlich 30.000 Euro angehoben“, so Mödlhammer. Die unentgeltliche Mitarbeit von vereinsfremden Personen bei „kleinen Vereinsfesten“ sollte weiterhin möglich sein. Auch der Entfall der



Wer das einmal gelesen hat, der ist **am Ende noch verwirrter als vor der Lektüre.**“

Walter Leiss, Gemeindebund-Generalsekretär, über den Folder des Ministeriums, mit dem den Vereinen die Registrierkassenpflicht erklärt werden soll.

Belegerteilungspflicht bei Bagatellumsätzen sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein.

„Der Gemeindebund wird hier nicht nachlassen. Ich habe mehrfach unsere Bedenken gesagt, auch schon im Vorfeld der Entstehung. Ich werde damit nicht aufhören. Es handelt sich hier um ein Problem, das der Bund zu lösen hat, und ich kann mir nicht vorstellen, dass die Bundesregierung ein Interesse daran hat, dass sich die Freiwilligenarbeit in manchen Bereichen in Luft auflöst.“

Dass die Registrierkassenpflicht nicht nur Vereine, sondern auch Kleinunternehmen und die Gastronomie empört, ist inzwischen auch evident. Eine originelle - wenn auch verzweifelte - Form des Protests hat das Tiroler Ehepaar Krieger gewählt, das in Schwaz ein privat geführtes Planetarium betreibt. „Unsere Kunden sind genervt. Sie lassen die Belege mit blöden Kommentaren versehen einfach liegen“, sagt Gabi Krieger in der Tageszeitung „Kurier“. Die liegengelassenen Bons stecken die Kriegers jeden Tag in ein Kuvert und schicken sie per Post dem Finanzminister. Dort reagiert man typisch österreichisch: Die eingelangten Belege werden „laut allgemeiner Kanzlei- und Archivierungsverordnung“ behandelt. Das heißt, dass sie sieben Jahre lang aufzubewahren sind. ●

KONTRA

MARIO PULKER ÜBER „MESSEN MIT ZWEIERLEI MASS“



Achtung: Nicht jeder Verein ist **gemeinnützig**

Nur wenige Themen bewegen Österreich zur Zeit so stark wie die Einführung der Registrierkassenpflicht. Die Gastronomie hat sich bereits auf die neue Rechtslage eingestellt, auch wenn in Teilbereichen noch nachgebessert werden sollte (zum Beispiel Belegerteilung im Stoßgeschäft). Jetzt sind es vorwiegend die Vereine, die für ihre Veranstaltungen Erleichterungen von der Registrierkassen- und Belegerteilungspflicht erreichen möchten, denn viele fürchten aufgrund der Steuerreform um ihre Finanzierungsbasis. Genau hier ist allerdings Vorsicht geboten: Aufgrund der großzügigen gesetzlichen Bestimmungen gelten viele - aber eben nicht alle - Vereine als gemeinnützig im Sinne des Gesetzes (Blau-lichtorganisation, Sportverein, etc.). Klassische Beispiele nicht gemeinnütziger Organisationen sind Kleingartenvereine, Sciencetology oder politische Parteien.

Vor allem in Bezug auf politische Parteien hat diese Unterscheidung große Bedeutung! Jeder kann in Österreich eine Partei gründen, das ist auch der Grund, warum aktuell rund 1000 Parteien in das Parteienverzeichnis des Bundeskanzler-

amtes eingetragen sind. Wenn die politischen Parteien vorgeben, das „Ehrenamt“ schützen zu wollen, gleichzeitig aber die Kriterien für die gemeinnützigen Zwecke (auf politische Zwecke) erweitern und damit „aufweichen“ wollen, dann passt das irgendwie nicht wirklich zusammen. Soll wirklich jeder seine eigene Partei gründen und dann an drei Tagen im Jahr steuerfreie Feste veranstalten können?

Die Regierung sollte lieber den Unternehmern und echt gemeinnützigen Organisationen durch praxisnahe Regelungen entgegenkommen und nicht mit bürokratischen Hürden das Leben schwer zu machen. Diese beiden Gruppen können nämlich - im Unterschied zu den großen politischen Parteien selbst - nicht ohne weiteres auf die Förderungen in Millionenhöhe zurückgreifen!

✉ gastronomie@wko.at
Mario Pulker ist Obmann des Fachbereichs Gastronomie der Wirtschaftskammer Österreich